

Strafrecht und Präventionsarbeit gegen Rechts

NPD-Verbotsverfahren löst keine Probleme

Ansprechpartnerin:

Birthe Thiel
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Franz-Josef-Röder-Straße 7
66119 Saarbrücken
T: 0681 – 5002 – 474
F: 0681 – 5002 – 477
M: 0160 – 99418513

Saarbrücken, 16.02.2009 - Anlässlich der bekannt gewordenen möglichen Beteiligung saarländischer Rechtsextremisten an einem Überfall auf Gewerkschafter bei Jena erklärt der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Karl-Josef Jochem:

"Der Vorfall bestätigt wieder, dass Rechtsextreme auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Die richtige Antwort liegt aber nicht in einem neuerlichen NPD-Verbotsverfahren, sondern vielmehr in einer konsequenten Anwendung bestehender Gesetze gerade im Hinblick auf das Strafrecht. Denn für ein NPD-Verbotsverfahren spricht nach diesem Überfall genauso wenig wie zuvor. Stattdessen müssen wir verhindern, dass junge Menschen den rechten Parolen auf den Leim gehen. Das erreichen wir vor allem durch noch bessere Präventionsarbeit in den Schulen. Außerdem müssen wir im Wahljahr 2009 damit rechnen, dass Rechtsextremisten die offene Auseinandersetzung an Wahlständen und bei Veranstaltungen suchen werden. Deshalb sind alle politischen Parteien aufgerufen, ihre Wahlkämpfer für den richtigen Umgang mit den Rechtsextremisten zu schulen. Auch an den Wahlständen müssen die Parolen der Rechten als die leeren Phrasen entlarvt werden, die sie in Wirklichkeit sind."

www.fdp-fraktion-saar.de